

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 19.03.2007 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux

Stadtrat Rank (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat Straßberger (ab 17.06 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 18.10 Uhr, Ziffer 2 A e)

Stadtrat Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene (ohne Ziffer 2 E e)

Stadtrat Dr. Kröckel (ab 17.20 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat Mahlmeister

Stadträtin Sagol (bis 19.55 Uhr, Ziffer 2 D b)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Lorenz (ab 17,14 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat May (von 17.55 Uhr, Ziffer 2 A c bis 20.55 Uhr, Ziffer 2 E f)

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt (ab 17.04, Ziffer 1)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

„parteilos“

2. Bürgermeisterin Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann
Rechtsrätin Schmöger
Frau Heger
Dipl. – Ing. Rützel

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Jeschke
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker

Stadtrat Ley

Feststellungen gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass es keine Einwände gegen die Tagesordnung gebe.

1. Beratung der Haushalte 2007 der Stadt und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2006 – 2010)

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht zunächst ausführlich auf die vorläufige Abwicklung des Haushaltes 2006 ein und stellt dar, dass sich der Verwaltungshaushalt aufgrund der Gewerbesteuerermehreinnahmen merklich verbessert habe, was eine verbesserte Zuführung und den Verzicht von Kreditaufnahmen mit sich brachte.

Der Vermögenshaushalt war geprägt vom späteren Baubeginn der Nordtangente sowie der Verschiebung verschiedener Maßnahmen in die Folgejahre und ist daher wenig aussagekräftig. Im Folgenden geht er auf das Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms ein und stellt das Allgemeine sowie die Eckdaten des Haushaltes 2007 dar. Abschließend gibt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer einen Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2006 bis 2010 und geht auf den Stand der Schulden sowie den Stand der Rücklagen ein und kommt zu folgender Schlussbemerkung.

Die Finanzlage der Stadt ist geordnet, der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben, die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2010 ist in der mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen und der Haushalt mit der mittelfristigen Finanzplanung daher genehmigungsfähig ist.

Stadtrat Weiglein fragt nach, was derzeit an Mittel der nicht veräußerten Grundstücke (Buddental, Hammerstiel, Großlangheimer Straße Nord) im Haushalt 2007 stecke.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass im gesamten Investitionsplan ca. 5,0 Mio. und im Haushalt 2007 1,0 € Mio. eingestellt seien.

Die Übersicht von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer ist der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil beigelegt.

2. Beratung des Investitionsprogramm 2007 mit Finanzplanung 2006 – 2010

A. Einzelplan 0

a) 0600.9350 – Beseitigung der von der Fachkraft für Arbeit festgestellten Mängel sowie sonstige Ersatzbeschaffungen

Die KIK Stadtratsgruppe möchte wissen, was für 2007 vorgesehen ist.

Die vorliegende Stellungnahme des Hauptamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze für 2007 bis 2010 bleiben unverändert.

b) 0600.9351 – Feuersichere Schränke für die Personalakten

Die KIK Stadtratsgruppe fragt bzgl. des Raumes oder des Schrankes für Personalakten nach möglichen Alternativen.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass anstelle von feuersicheren Schränken bzw. des Abmauern eines Raumes nun angedacht sei, in den Abstellraum der Personalverwaltung eine feuersichere Türe einzubauen und die Personalakten dort unterzubringen, wird zur Kenntnis genommen.
Der Ansatz für 2008 bleibt unverändert.

c) 0600.9450 – Sanierung des Neuen Sitzungssaal

Die KIK möchte wissen, was konkret im Neuen Sitzungssaal saniert werde. Die CSU sowie die FW möchten die Planung zur Sanierung verschoben haben, damit der neue Stadtrat bei der Gestaltung mitwirken könne.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert, dass im Entwurf folgende Ansätze enthalten sind: 2007: 10.000,00 € für die Planung; 2011: 70.000,00 € für die Durchführung. Je nach Entscheidung des Stadtrates könne die Durchführung entsprechend vorgezogen werden.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Verwaltung grundsätzlich einer Verschiebung ins Jahr 2008 zustimmen könne.

Stadtrat Heisel hält es für sinnvoll, die Planung noch im Jahr 2007 durchzuführen, da die Sanierung sonst im Jahr 2008 durch den neuen Stadtrat beschlossen werden müsse. Durch eine Planung und Beschlussfassung in diesem Jahr könne der neu gewählte Stadtrat unbelastet in die neue Periode gehen.

Stadtrat Müller stimmt dem zu, bittet aber zu prüfen, ob der Innenarchitekt für die Sanierung nötig sei. Die eingesparten Kosten könnten wiederum für die Sanierung genutzt werden.

Amtsrat Hartner weist darauf hin, dass er diese Bedenken im Rahmen der Maßnahme Museum ebenfalls hatte, aber es sich letztendlich durch das Ergebnis als sinnvoll erwiesen habe.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob lediglich die Planung oder auch die Umsetzung im Jahr 2007 geschehen solle.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass sinnvollerweise die Umsetzung in der Sommerpause 2007 vonstatten gehen sollte.

Amtsrat Hartner gibt zu Bedenken, dass dies derzeit durch das Bauamt nicht zu leisten sei und daher ein Architekt zur Hilfe genommen werden sollte.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Sanierung und kommen überein, dass die Mittel von 80.000,00 € komplett im Jahr 2007 für die Planung und die Umsetzung eingestellt werden.

Weiter besteht im Gremium der Wunsch, den Auftrag zur Sanierung des Sitzungssaals an eine/n örtlichen Innenarchitekten zu vergeben.

Mit 22 : 1 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, für die Planung und Umsetzung zur Sanierung des Neuen Sitzungssaales im Jahr 2007 80.000,00 € bei der Haushaltsstelle 0600.9450 einzustellen. Die Mittel im Finanzplanungsrest (70.000,00 €) werden gestrichen.

d) 0600.9452 – Neugestaltung Haupteingang, behindertengerechtes Leitsystem
0600.9633 – Einbau eines behindertengerechten Aufzug im Rathaus

Die KIK-Stadtratsgruppe bittet, dass Leitsystem behindertengerecht auszubauen (Symbole). Gleichzeitig wird der Antrag auf Erneuerung des Rathausaufzuges gestellt, wofür sämtliche Bezuschussungsmöglichkeiten auszuloten seien.

Die SPD stellt ebenfalls den Antrag auf Schaffung eines behindertengerechten Aufzuges.

Die FW wünscht sich eine Überprüfung der Raumbellegung dahingehend, dass der vorhandene Aufzug genutzt werden könne sowie unter dem Aspekt „Besucherfreundlichkeit“. Gleichzeitig favorisieren sie einen Teilumzug des Bauamts in die Kaiserstraße.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Anregung bzgl. des Leitsystems aufgenommen werde. Die Abwicklung erfolge über den vorhandenen Haushaltsausgaberest bei Haushaltstelle 0600.9452 (rd. 35.600,00 €). Für die Aufnahme der Mittel zum Umbau des Aufzuges sei ein Mehrheitsbeschluss des Stadtrates nötig. Für den Umbau des Aufzuges gebe es keine Zuschüsse, was bereits mehrfach mit dem möglichen Zuschussgeber abgeklärt sei.

Stadtrat Konrad bittet, dass Mittel für den behindertengerechten Ausbau im Haushalt 2007 eingestellt werden und dass diesbezüglich ein Beschluss gefasst werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass nach den Vorschriften zum Haushaltsrecht Mittel erst dann eingestellt werden können, wenn es eine Kostenschätzung hierzu gebe. Für das Jahr 2007 wäre es sinnvoll gewesen, den Beschluss bereits im Jahr 2006 zu fassen, damit die Mittel im Haushalt 2007 fundiert eingestellt werden können. Seiner Auffassung nach sollte der Beschluss heute gefasst und die Mittel in den Haushalt 2008 eingestellt werden (nach vorheriger Kostenschätzung).

Stadtrat Müller erklärt, dass im Jahr 2003 die Kosten für den Umbau des Aufzuges mit 200.000,00 € bereits ermittelt wurden. Aufgrund der Kostensteigerung und der Mehrwertsteuererhöhung sollte man im Jahr 2007 220.000,00 € einstellen.

Dipl. – Ing. Rützel weist darauf hin, dass für die Planung im Jahr 2003 bereits alle Vorarbeiten erledigt seien und bei einem entsprechenden Beschluss im Jahr 2007 der Aufwand für die Hochbauabteilung nicht derart ins Gewicht fallen würde.

Stadträtin Wallrapp bezieht sich auf ihren Antrag bzgl. einer besucherfreundlichen Raumaufteilung im Rathaus und bittet, dass alle Stellen, die von den Bürgern beansprucht, barrierefrei erreicht werden können. Hierbei müsste das Bauamt ebenfalls berücksichtigt werden.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass bei der damaligen Diskussion bereits darauf hingewiesen wurde, dass eine Umsetzung der einzelnen Büros, so einfach nicht möglich sei.

Stadtrat Müller gibt zu Bedenken, dass durch einen möglichen Aufzug ein barrierefreies Erreichen auch nicht möglich sei und schlägt vor, im Erdgeschoss des Neubaus ein Beratungszimmer einzurichten, indem anhand eines Belegungsplans Termine mit Bürgern vereinbart werden, die manche Büros nicht erreichen können.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Einstellung von Mittel für den Umbau des Aufzuges und kommen überein, im Haushaltsjahr 2007 220.000,00 € für den Umbau des Aufzuges einzustellen.

Mit 20 : 4 Stimmen

Es besteht Einverständnis, für den behindertengerechten Aus- und Umbau des Aufzuges, damit auch der erste und zweite Stock des Altbaus erreicht werden

kann, 220.000,00 € in den Haushalt 2007 einzustellen. Die Veranschlagung erfolgt bei Haushaltsstelle 0600.9633.

e) 0601.9350 – Ersatzbeschaffung Telefonanlage
0601.9352 – Anbindung Außenstellen z.B. Telefonanlage

Die KIK fragt nach der Begründung für den Ersatz der Telefonanlage und welche Außenstellen zusätzlich angeschlossen werden sollen.

Die CSU fragt nach der Laufzeit möglicher Telefonanlageverträge

Die FW bittet um Einholung verschiedener Angebote und einen Info-Austausch mit dem Landratsamt. Weiter fragen sie nach der Möglichkeit einer Hausleitung zwischen dem Landratsamt und der Stadt Kitzingen.

Die Stellungnahme der EDV-Abteilung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Popp ergänzt, dass die Telefonapparate der alten Anlage in ebay versteigert werden könnten und bittet dies zu prüfen.

Amtsrat Hartner weist darauf hin, dass man dies vor Jahren wegen der Veräußerung der alten Parkuhren geprüft habe, was aber aufgrund der Kommunalen Haushaltsverordnung nicht möglich war.

Stadtrat Rank schlägt vor, dass neben den Festtelefonen auch tragbare Telefone beschafft werden, damit Mitarbeiter (Hausmeister, EDV), die häufig im Haus unterwegs seien leichter erreicht werden können.

Oberbürgermeister Moser nimmt diese Anregung auf.

Die eingestellten Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 1

a) 1191.9410 – Ersatzvornahme Abbruch Marktstraße 27/Grabkirchgasse 17
1191.9411 – Ersatzvornahme Außensanierung Eisgasse 6

Die KIK fragt nach, ob die Abbruchkosten für das Grundstück Marktstraße ausreichen und welche Nutzung dieses Grundstück im Anschluss erfahren könnte.

Die FW-Stadtratsfraktion fragt diesbezüglich nach den Verhandlungen mit der Denkmalschutzbehörde und Besitzern/Beratern/Betreuern. Weiter möchten sie die Refinanzierung der Kosten geklärt wissen.

Die CSU bittet um Berichterstattung hinsichtlich des Abbruchs Marktstraße 27/Grabkirchgasse 17.

Bezüglich der Außensanierung Eisgasse 6 möchte die UsW eine übersichtliche Kostenaufstellung sowie eine Aussage hinsichtlich der Dringlichkeit und Notwendigkeit. Gleichzeitig soll die Zuschusshöhe erläutert werden.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen zu den Kosten und zu den Zuschüssen und ergänzt, dass Informationen darüber hinaus in nichtöffentliche Sitzung zu geben wären.

Stadtrat Müller fragt nach, ob bei den derzeitigen Kosten der Marktstraße 27 auch die Kosten des Stillstands enthalten seien.

Oberbürgermeister Moser verneint dies.

Die Ansätze für 2007 bei o. g. Haushaltstellen bleiben unverändert.

b) 1300.9357 – Brandschutz, Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen
1300.3680 – Kostenbeteiligung der Freiwilligen Feuerwehren an der Beschaffung des Versorgungs-LKW

Die KIK-Stadtratsgruppe fragt nach der möglichen Verwendung von alten Feuerwehrfahrzeugen und spricht dabei auch den Verkauf an.

Die Stellungnahme von der Verwaltung, dass eine weitere Verwendung der Fahrzeuge nicht angestrebt sei, sondern diese nach Möglichkeit veräußert werden, wird zur Kenntnis genommen. Ebenso wird wohlwollend davon Kenntnis genommen, dass sich die Freiwilligen Feuerwehr an die Beschaffung des Versorgungs-LKW mit 10.000,00 € beteiligt. Dieser Betrag wird bei Haushaltstelle 1300.3680 im Jahr 2007 bereitgestellt.

c) 1300.9450 – Brandschutz, Brandschutznachweis

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist auf die Änderungsliste 1 Haushaltstelle 1300.9452 hin, laut der für die Brandschutznachweise der Freiwilligen Feuerwehren Hohenfeld, Hoheim und Sickershausen je 4.000,00 € (= 12.000,00 €) zusätzlich eingestellt werden. (Ansatz 2007 somit insgesamt 16.000,00 €)
 Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 1300.9452 – Neubau Feuerwehrgerätehaus Repperndorf

Die FW bittet die Mittel aufgrund neuester Beschlussfassung im Stadtrat einzustellen und fragt nach, ob die Einrichtungskosten hierbei enthalten seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Mittel aufgrund neuester Beschlussfassung im Gremium in der Änderungsliste 1 enthalten seien, was auch für die Einrichtungskosten gelte. Bei Haushaltstelle 1300.9452 stehen somit insgesamt 530.000,00 € bereit für 2007: 30.000,00 € für 2008: 395.000,00 € und für 2009: 105.000,00 €.

Stadtrat Haag erklärt, dass der Bau des Feuerwehrgerätehauses dringend nötig sei, jedoch die Kosten zu hoch ausfielen. Durch Absenkung des Kniestockes würden zwar die Schulungsräume kleiner jedoch könnte man hierdurch ca. 50.000,00 € einsparen.

Stadtrat Schmidt zeigt sich überrascht, dass zum jetzigen Zeitpunkt nach der Beschlussfassung im Stadtrat dieser Vorschlag komme. Seiner Meinung nach, sei dieses Thema auch mit der Feuerwehr sehr intensiv beraten worden und daher sollte man die Planung diesbezüglich nicht ändern. Es sollte jedoch versucht werden, über Eigenleistungen der Feuerwehr die Kosten zu reduzieren.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass man sich derzeit in der Prüfung der Planungsvorstellungen befinde und hierbei ebenfalls der Vorschlag von Stadtrat Haag berücksichtigt werden könne.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, dass der Vorschlag von Stadtrat Haag im Rahmen der weiteren Prüfung – auch unter Berücksichtigung der Interessen der Feuerwehr – Beachtung findet.

Die Mittel bei Haushaltstelle 1300.9452 bleiben so bestehen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 1 bleiben unverändert.

C. Einzelplan 2

a) 21.21.9451 – Sanierung D. Paul-Eber-Schule

Die FW-Stadtratsfraktion möchte bzgl. des Ausweichquartiers wissen, wo die Kosten hierfür eingestellt seien, ob die Nutzung mit der BIMA abgeklärt sei, ob die Nutzungsverträge mit der LKW abgeschlossen seien und mit welchen Kosten für den Schulbusverkehr zu rechnen sei.

Oberbürgermeister Moser weist auf die Stellungnahme hin und stellt dar, dass es darüber hinaus derzeit keine neuen Erkenntnisse gebe.

Amtsrat Hartner ergänzt, dass nach Berechnung der Schulverwaltung derzeit ca. 13.000,00 € jährlich durch die Beförderung der Schüler entstehen könnten (Beförderungspflicht). Ansonsten erscheine der Schulweg über die Gabelsberger Straße als sicher, so dass keine Beförderung aufgrund eines gefährlichen Schulweges nötig sei.

Stadträtin Wallrapp gibt zu Bedenken, dass man aufgrund der besonderen Situation des Umbaus auch über eine Beförderung der Schüler über die Beförderungspflicht hinaus nachdenken solle.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Schüler - wie bei anderen Schulen auch - die Gabelsberger Straße überqueren müssen, und dies daher nicht als „Gefährlicher Schulweg“ angesehen werden könne.

Stadträtin Wallrapp fragt weiter nach, ob die Nutzung mit der BIMA bzw. der LKW bereits abgeklärt sei, worauf Oberbürgermeister Moser antwortet, dass dies vom Grundsatz her abgestimmt sei, es jedoch nur noch um die Details gehe. Dies wird zur Kenntnis genommen.

b) 2122.9351 – Hauptschule Siedlung, Einrichtung Möbel und Essenseinheit 2122.9452 – Hauptschule Siedlung, Speisesaal, Nebenräume

Die FW-Stadtratsfraktion fragt nach der Bedarfsermittlung der Investitionskosten bezüglich Möbel und Essen und ob es hierzu eine Absprache mit den Kindergärten gebe. Weiter fragen sie nach, inwieweit die Möglichkeit besteht, hier einen Catering-Service einzurichten.

Stadträtin Wallrapp weist ergänzend darauf hin, dass die FW die Ganztagsklassen in der Siedlung befürworte, sie jedoch Bedenken habe, ob das Mittagessensangebot auch entsprechend angenommen werde. Ihrer Kenntnis nach würden die Kinder hauptsächlich in den Kindergärten essen.

Stadtrat Heisel weist darauf hin, dass es dieses Problem bei der Ganztagschule nicht gebe, da hier die Zeit von 08.00 bis 17.00 Uhr festgelegt sei und die Klassen gemeinsam zu Mittag essen würden. Er bittet aber auch, dass sich der Raumbedarf gleichzeitig an die Brandschutzmaßnahme anpassen müsse.

Die Mittel bei den Haushaltstellen 2122.9351 und 2122.9452 bleiben unverändert.

c) 2122.9356 – Hauptschule Siedlung – Erneuerung der Backröhren

Die UsW-Fraktion stellt den Antrag, dass in der Hauptschule Siedlung keine Schulküche nötig sei und daher die Ersatzbackröhren gestrichen werden könnten.

Die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Ersatzbeschaffung benötigt würde, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Eine Absenkung des Ansatzes erfolgt nicht.

d) 2122.9450 – Hauptschule Siedlung – Einbauten für Brandschutz

Die UsW möchte eine detaillierte Aufstellung der durchzuführenden notwendigen Brandschutzmaßnahmen in der Hauptschule Siedlung.

Die SPD fragt nach, ob die eingestellten Mittel für die Brandschutzmaßnahmen in der Hauptschule Siedlung ausreichen.

Dipl. – Ing. Rützel weist darauf hin, dass der Brandschutznachweis fertig gestellt, die Prüfung jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Seiner Auffassung nach reichen die eingestellten Mittel hierfür aus.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

e) 2140.9450 – Brandschutz Schulsportanlage Deusterpark
2140.9451 – Sanierung der Schulsportanlage Deusterpark

Die FW möchte eine Einbeziehung des Brandschutzes bei der geplanten Sanierung der Schulsportanlage Deusterpark.

Die SPD bittet, dass die Erneuerung der Schulsportanlage Deusterpark (Planung) auf 2007 vorgezogen werde, damit die Umsetzung parallel zur Sanierung der D. Paul-Eber-Schule geschehen könne.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, dass der Brandschutz bei der Sanierung der Schulsportanlage Deusterpark einbezogen werde. Bei der Haushaltstelle 2140.9450 seien für den Brandschutz folgende Mittel veranschlagt: 2007: 40.000,00 € für Nachweis und Prüfung, 2011: 40.000,00 € für Baukosten.

Zur Durchführung der Erneuerungsarbeiten weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass die Mittel im Finanzplanungsrest (2140.9451) eingestellt seien, da noch keine Brandschutzuntersuchung, keine Planung und noch kein Zuschussantrag vorliege. Er ergänzt, dass bei einem positiven Stadtratsbeschluss der Baubeginn in 2008 möglich wäre.

Auf den Hinweis von Dipl. – Ing. Rützel, dass für die Planung ca. 20.000,00 € nötig wären, bittet Oberbürgermeister Moser hierüber Beschluss zu fassen.

Mit 25 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis für die Planung der Erneuerung der Schulsportanlage Deusterpark bei der Haushaltstelle 2140.9451 im Jahr 2007 20.000,00 € einzustellen. Für die Sanierungsarbeiten wird in 2011 ein Betrag von 330.000,00 € bereitgestellt, der bei Bedarf vorgezogen werden kann.

f) 2431.9352 – Friedrich-Bernbeck-Schule – Erneuerung TV Raum II

Die KIK-Stadtratsgruppe hinterfragt die Erneuerung des TV-Raumes II.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass jährliche eine Neuausstattung bzw. Erneuerung eines Fachraumes nötig sei, wird zur Kenntnis genommen.

Die Mittel bleiben unverändert.

Oberbürgermeister Moser unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.00 Uhr bis 19.10 Uhr

g) 2431.9450 – Friedrich-Bernbeck-Schule - Brandschutz

Die KIK-Stadtratsgruppe fragt nach, welche Kriterien für die verschiedenen Brandschutzansätze gelten.

Die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Ansätze bleiben unverändert.

h) 2431.9450 – Friedrich-Bernbeck-Schule – Brandschutz

Die UsW möchte eine übersichtliche nach Investitionsjahren erstellte Aufstellung sämtlicher Vorhaben des Brandschutzes sowie der dafür anfallenden Kosten. Zudem möchten sie das Jahr der letzten baulichen Veränderung genannt haben mit einer Kurzbeschreibung der Maßnahme sowie den damaligen Kosten.

Die CSU möchte die Positionen des Brandschutzes nicht im Finanzplanungsrest sondern zeitnäher veranschlagt haben.

Die SPD bittet um Erstellung einer Prioritätsliste über die beabsichtigten Brandschutzmaßnahmen, dabei sollen die Schulen und Kindergärten Vorrang haben. Gleichzeitig bitten sie die Mittel aus dem Finanzplanungsrest vorzuziehen.

Oberbürgermeister Moser weist auf die Stellungnahme hin, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert, wie er die Ansätze geschätzt habe. Er erklärt, dass nach Erstellung der Brandschutznachweise, deren Prüfung und endgültigem Feststehen der Baukosten eine Prioritätenliste erstellt werden sollte, nach der die Mittel konkret für jedes Jahr eingestellt werden können. Die bisher grob geschätzten Mittel sollten bis dahin im Finanzplanungsrest stehen bleiben.

Hiermit besteht Einverständnis

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

D. Einzelplan 3

- a) 3200.9358 – Museum – Beschaffung von Fachliteratur
3200.9359 – Museum – Beschaffung von Museumsgut
3200.9369 – Museum – Einrichtungsgegenstände
3200.9451 – Museum – Mieten, Transportkosten, Umzüge

Die KIK erbittet eine Kostenaufstellung über der seit 2003 beschafften Museumsgüter sowie Aussagen zur weiteren Beschaffung von Museumsgütern.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Haushaltstelle 3200.9358.

Amtsrat Hartner weist darauf hin, dass bislang lediglich ein Bild von Alain Kleinmann, dies jedoch aus den Mitteln des Rathauses gekauft wurde.

Die Mittel bei den Haushaltstellen 3200.9358 sowie 3200.9359 bleiben unverändert.

Weiter geht Amtsrat Hartner auf eine vorliegende Kostenaufstellung bzgl. des Museums ein, die aufzeigt, wie es bei den Haushaltstellen 3200.9369 und 3200.9451 zur Veränderung der Kosten seit Dezember 2006 kommen konnte. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass zu den Mehrausgaben auch mit Mehreinnahmen durch Sponsoren zu rechnen sei.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass aus diesem Grund im Jahr 2007 bei der Haushaltsstelle 3200.9369 (Einrichtungsgegenstände) 94.000,00 € und bei der Haushaltsstelle 3200.9451 (Maßnahme Museum) 10.000,00 € eingestellt werden müssen. Bei den Einnahmen halte er es für wenig sinnvoll Mittel einzustellen, da die 50.000,00 € von der Landesstelle bereits veranschlagt wurden und zusätzliche Einnahmen noch nicht absehbar seien.

Mit 24 : 1 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, im Haushaltsjahr 2007 bei der Haushaltsstelle 3200.9369 94.000,00 € sowie bei der Haushaltsstelle 3200.9451 10.000,00 € einzustellen.

b) 3501.9611 – Volkshochschule – Sanierung des Muschelbrunnens

Die KIK-Stadtratsgruppe möchte konkrete aktuelle Überlegungen zur Sanierung des Muschelbrunnens im Luitpoldbau.

Die FW bittet, dass diesbezüglich rechtzeitig eine Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalschutz erfolge sowie die Hinzuziehung eines Restaurators.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass es derzeit keine konkreten Überlegungen gebe, da die Mittel im Jahr 2008 veranschlagt seien, wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen der FW werden seitens des Bauamtes beachtet.

Die Ansätze bleiben so bestehen.

c) 3601.9328 – Naturschutz, Landschaftspflege – Öko-Fonds

Die KIK möchte den aktuellen Stand des Öko-Fonds sowie das weitere Vorgehen diesbezüglich.

Im Investitionsprogramm sind die veranschlagten Pauschalansätze in Einnahmen und Ausgaben gleich. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass nach den Osterferien 2007 eine ergänzende Stellungnahme durch das Stadtbauamt vorgelegt werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 3651.9451 – Erneuerung Fenster Deuster-Turm

Die KIK möchte das weitere Vorgehen bei der Sanierung der Deuster-Turm-Fenster erklärt haben.

Die UsW-Stadtratsfraktion stellt den Antrag, die zurzeit im Finanzplanungsrest mit 28.000,00 € enthaltenen Mittel auf 2007 (10.000,00 €) 2008 (10.000,00 €) und 2009 (8.000,00 €) aufzuteilen.

Dies sollte mit der Brandschutzprüfung bzw. den Brandschutzarbeiten abgestimmt werden.

Die FW möchte für die Erneuerung der Fenster 8.000,00 € eingestellt haben, so wie dies der Landesbund für Vogelschutz auch beantragt habe.

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass die FW den Antrag des Landesbundes für Vogelschutz befürwortet und bittet, dass 8.000,00 € im Haushaltsjahr 2007 eingestellt werden, da der Landesbund die Hälfte der Kosten von 16.000,00 € in Eigenleistung aufbringe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist aus haushaltstechnischer Sicht (Bruttoprinzip) darauf hin, dass im Jahr 2007 bei der Haushaltsstelle 3651.9451 16.000,00 € einzustellen seien, da die Stadt Eigentümerin des Turmes sei. Gleichzeitig muss auf der Einnahmeseite bei Haushaltstelle 3651.3670 8.000,00 € als Zuschuss des Landesbundes eingestellt werden.

Mit 24 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, im Haushaltsjahr 2007 bei der Haushaltsstelle 3651.9451 16.000,00 € sowie bei der Haushaltsstelle 3651.3670 8.000,00 € einzustellen. Bei der Haushaltsstelle 3651.9451 wird der Ansatz des Jahres 2011 auf 12.000,00 € reduziert.

e) 3651.9588 – Gestaltung Mainpartie von Alte Synagoge bis Alter Mainbrücke 3651.9589 – Gestaltung Mainpartie von Alter Mainbrücke bis Ruderhaus

Die KIK weist darauf hin, dass die Zuschüsse für die Gestaltung im Jahr 2007 nicht aufgeführt seien. Weiter möchte sie wissen, wie hoch die Kosten für die Anwohner ausfallen werden und wie die Bürgerbeteiligung aussehen werde.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, laut der erst nach der Planung im Jahr 2008 ein Zuschussantrag gestellt werden könne. Diese Zuschüssen würden erst im Jahr 2009 haushaltstechnisch erfasst. Ebenso verweist er darauf, dass nach der Stellungnahme des Stadtbauamtes eine Bürgerbeteiligung vorgesehen sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die Mittel bleiben so bestehen.

f) 3700.9350 - Steuerung und Läutwerk Turmuhr Repperndorf

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass bei o. g. Haushaltsstelle für die Steuerung und das Läutwerk der Turmuhr Repperndorf 2.500,00 € im Haushaltsjahr 2007 eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

E. Einzelplan 4

a) 4351.9451 – Wohnungen für Obdachlose, Verbesserung der Sanitäreinrichtungen
4351.9453 – Wohnungen für Obdachlose, Ausstattung Obdachlosenwohnungen

Die FW möchte die Sanierung bzw. Verbesserung von Schlichtwohnungen zurückstellen und zieht den Abriss von Gebäuden im Bereich der Egerländer Straße in Betracht. Zudem möchten sie die Zuständigkeit für Obdachlose überprüft wissen. Die FW-Stadtratsfraktion möchte den Ansatz für die Einrichtung von Bädern und Duschen in Mietwohnungen überprüft wissen.

Stadtrat Haag stellt fest, dass die Mittel für die Obdachlosenwohnungen jährlich eingestellt seien und die Stadt Mietwohnungen habe, in denen die Obdachlosen eingewiesen werden könnten. Somit könnten manche Obdachlosenwohnungen abgerissen werden.

Rechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass die Stadt Obdachlosenwohnungen vorhalten müsse. Sie halte es jedoch nahezu für unmöglich, städtische Wohnungen zu vermieten, wenn dort vorher bzw. gleichzeitig Obdachlose eingewiesen waren.

Stadtrat Müller bittet um Prüfung, wie hoch der Leerstand in den einzelnen städtischen Mietwohnungen sei. Durch Zusammenführung einzelner teilvermieteter Häuser, könnte ein Wohnblock für die Einweisung von Obdachlosen benutzt werden.

Oberbürgermeister Moser gibt zu Bedenken, dass hiermit äußerst sensibel umgegangen werden müsse.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass man zwischen Obdachlosen- Schlichter- und Mietwohnungen unterscheiden müsse. Die Obdachlosenwohnungen muss die Stadt mit einem Mindeststandart vorhalten. Seiner Auffassung nach sollten die 5.000,00 € im Haushalt eingestellt bleiben.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die Ansätze bei den Haushaltstellen 4351.9451 und 4351.9453 bleiben unverändert.

b) 4603.9583 – Kinderspielplätze in den Baugebieten

Die SPD fragt bezüglich der Neuanlage von Spielplätzen in den Baugebieten Hammerstiel und Buddental, ob diese im Haushalt 2007 berücksichtigt und wo die Mittel hierfür eingestellt seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass für beide Baugebiete Spielplätze vorgesehen seien. Verwaltungsintern sei man so verblieben, dass nach Verkauf der Hälfte der Grundstücke mit der Planung der Spielplätze begonnen werde.

Stadtrat Weiglein macht seine Verwunderung über diese Vorgehensweise deutlich und gibt zu Bedenken, dass der Verkauf von 50 % auch Jahre dauern könnte. Seiner Auffassung nach, sollten die Kindergärten sofort angelegt werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, die Spielplätze in beiden Baugebieten schnellstmöglich umzusetzen. Die Kosten sind lt. Stellungnahme der Verwaltung direkt bei den Erschließungsmaßnahmen Hammerstiel und Buddental zu verausgaben.

c) 4605.9589 – Kinderspielplätze Etwashausen

Die KIK beantragt die Errichtung eines Kinderspielplatzes am Unteren See (auf dem Gelände des Bolzplatzes)

Die FW möchte die Ansätze für einen Kinderspielplatz in Etwashausen auf die Jahre 2008/2009 vorziehen, so dass der Spielplatz noch vor Beginn von Natur in der Stadt fertig gestellt wird.

Nachdem Stadtrat Konrad und Stadträtin Wallrapp nochmals auf ihre Anträge eingehen, verweist Oberbürgermeister Moser auf die Stellungnahme der Verwaltung.

2. Bürgermeisterin Gold stimmt dem Bedarf eines Kinderspielplatzes zu, jedoch nicht im Bereich der Senke am Unteren See, da dies bereits vor Jahren vom Gesundheitsamt abgelehnt wurde. Ihrer Auffassung nach, sollte ein Spielplatz im Rahmen der Kleinen Gartenschau einbezogen werden.

Auf weitere Anregungen hin, einen Spielplatz in Etwashauen zu erreichen, sagt Oberbürgermeister Moser zu, den Ansatz von 36.000,00 € vom Jahr 2010 ins Haushaltsjahr 2009 vorzuziehen, gibt aber zu Bedenken, dass derzeit dennoch kein geeignetes Grundstück zur Verfügung stehe.

Mit 24 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltstelle 4605.9589 den Ansatz von 36.000,00 € aus dem Jahr 2010 in das Haushaltsjahr 2009 zu verschieben.

d) 4606.9350 – Zentrale Anlaufstelle – Experimentierkiste

Die CSU fragt nach, ob man den Ansatz für die Experimentierkiste in Höhe von 600 € auch aus dem Budget erwirtschaften könne.

Amtsrat Hartner weist darauf hin, dass auf Hinweis der Stadtjugendpflege für das Jahr 2007 aber auch für die Folgejahre, jeweils 200,00 € eingestellt werden sollten. Die übrigen 400,00 € könnten aus dem Budget erwirtschaftet werden.

Mit 23 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis, für die Jahre 2007 bis 2010 jeweils 200,00 € bei o. g. Haushaltsstelle einzustellen.

e) 4607.9406 – Zentraler Jugendtreff im Stadtteil Siedlung

Die ödp möchte in der Siedlung eine dezentrale Anlaufstelle in Form eines Containers errichtet haben. Hierfür soll das nötige Fachpersonal zur Verfügung gestellt werden.

Stadträtin Schmidt geht nochmals auf ihren Antrag ein und bittet, dies nicht mit dem Hinweis „Soziale Stadt“ abzulehnen. Ihrer Meinung nach sollte ein Container neben der Schule errichtet werden. Laut Aussage des Bauamtes seien hierfür Kosten in Höhe von 50.000,00 € zu erwarten. Zudem müsste das erforderliche Personal hierfür eingestellt werden.

Oberbürgermeister Moser gibt ihr zwar Recht, dass in der Siedlung etwas geschehen müsse, weist aber auch auf den Vortrag von Herrn Dr. Hummel hin, laut dem das Problem in der Siedlung nicht nur mit einem Jugendtreff gelöst werden könne, sondern hierfür ein Konzept für die gesamte Siedlung erforderlich sei. Zudem habe er Bedenken hinsichtlich der Mehrheitsfindung im Gremium, erst 50.000,00 € einzustellen und im Nachhinein das Personal beschließen zu lassen. Im Folgenden diskutierten die Stadträte ausführlich über die Einstellung von Mittel für die Errichtung eines Containers. Sie kommen aber auch überein, dass dies nur mit einem entsprechenden Konzept der Stadtjugendpflege verwirklicht werden könne, wozu Fachpersonal nötig sei.

Oberbürgermeister Moser bittet daraufhin über das Einstellen von 50.000,00 € im Jahr 2007 Beschluss zu fassen.

Mit 24 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei Haushaltsstelle 4607.9406 im Haushaltsjahr 2007 50.000,00 € einzustellen.

f) 4640.9450 bis 4649.9450 – Brandschutz aller Kindergärten

Die UsW fordert einen realistischen Ansatz der Kosten für die Brandschutznachweise sowie für die daraus folgenden Baukosten.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
Die Ansätze bleiben unverändert.

g) 4648.9350 – Kindergarten Hoheim – Ersatz Spielgerät

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass bei der Haushaltsstelle 4648.9350 für den Ersatz eines Spielgerätes im Kindergarten Hoheim 3.500,00 € im Haushaltsjahr 2007 eingestellt werden.
Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

F. Einzelplan 5a) 5500.9880 – Förderung des Sports, Investitionszuschüsse an Sportvereine

Die FW bitte die Zuschüsse für die TKG und die Schützen Hohenfeld aufzuteilen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
Die Ansätze bleiben unverändert.

b) 5702.9850 – Hallenbad – Baukostenzuschuss an Stadtbetriebe GmbH zum Umbau und Sanierung Hallenbad für den Bereich Schulschwimmen

Die KIK bittet um Erhöhung des Baukostenzuschusses zur Sanierung des Hallenbades, aufgrund der höheren Förderung nach Art. 10 FAG)

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass die Erhöhung möglich und auch nötig sei, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
Änderungsvorschläge werden noch im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt.

c) 5800.9350 – Grünanlagen und öffentliche Grünflächen – Ruhebänke und Abfallbehälter

Die FW bittet um Beschaffung von Abfallbehältern mit Vorrichtungen für Zigaretenkippen

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass dies bei künftigen Beschaffungen beachtet werde.

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass es in Würzburg die Gelbe Karte gebe, die Bürgern bei häufiger Verschmutzung gezeigt werde. Bei mehreren Gelben Karten würde ein Bußgeld verhängt werden. Ihrer Auffassung nach könnte man hiermit die Bürger sensibilisieren.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.03Uhr

Oberbürgermeister
gez.
Moser

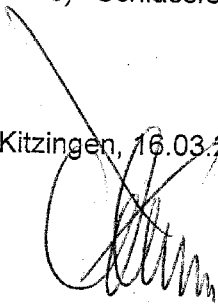
Protokollführer
gez.
Müller

Vorlagebericht

zum Haushaltsentwurf 2007 mit Finanzplanung

- 1) Vorläufige Abwicklung des Haushalts 2006 (Grobschätzung)
- 2) Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms von 2006 bis 2010
- 3) Allgemeines zum Haushalt 2007 (mit Eckdaten, Zuführung)
- 4) Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2006 - 2010
- 5) Stand der Schulden
- 6) Stand der Rücklagen
- 7) Analyse der Finanzsituation
- 8) Schlussfeststellungen

Kitzingen, 16.03.2007



Vorläufige Abwicklung des Haushalts 2006 (Grobschätzung)

1) Ausgangslage:

Verwaltungshaushalt

- Leichte Verbesserung bei der Gewerbesteuer 3.500.000 €
- Hohe Schlüsselzuweisungen wegen extrem niedriger Steuerkraft 6.017.000 €
- sehr niedrige Kreisumlage wegen extrem niedriger Steuerkraft 4.570.000 €
- Zuführung an Vermögenshaushalt 5.680.000 €
(Mindestzuführung von 1,90 Mio. €, freie Finanzspanne 3,78 Mio. €)

Vermögenshaushalt

- Darlehensaufnahmen (1,1 Mio. HER, 1,9 Mio. neu) 3,00 Mio. €
- Fortsetzung Nordtangente eingeplant
- Risikofaktor Refinanzierung Baugebiete vorhanden

2) Grobgeschätztes vorläufiges Ergebnis

Verwaltungshaushalt

- Verbesserung Gewerbesteuer auf 6,30 Mio. €
(Nachholung Altfall)
- Verzicht auf Gewinnausschüttung Stadtbetriebe 0,90 Mio. €
- Zuführung an Vermögenshaushalt 8,00 Mio. €

Vermögenshaushalt

- Ab September Baubeginn Nordtangente, BA 1
- Verzögerter Beginn vereinzelter Maßnahmen
- Ausgleich über Verbesserung der Zuführung, HER/HAR, Neuveranschlagungen
- Reduzierung der Kreditaufnahmen (Verzicht auf 1,1 Mio. € HER u. 0,9 Mio. € aus 2006)
- Verzicht auf Rücklagenentnahmen (0,17 Mio. €)

3) Fazit

Das Haushaltsjahr 2006 hat sich im Bereich des Verwaltungshaushalts durch die Verbesserung der Gewerbesteuer sowie weiterer Mehreinnahmen merklich verbessert. Dadurch verbesserte Zuführung und Verzicht von Kreditaufnahmen.

Der Vermögenshaushalt war geprägt durch den späteren Beginn der Nordtangente sowie die Verschiebung verschiedener Maßnahmen in die Folgejahre und ist damit wenig aussagekräftig.

Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms
von 2006 bis 2010

Verwaltungshaushalte 2006 bis 2010

Entwurf 2007	36.390.447 €
Jahre 2006, 2008-2010	<u>142.263.755 €</u>
FiP-Zeitraum 2006 bis 2010	<u>178.654.202 €</u>

Vermögenshaushalte 2006 bis 2010

Entwurf 2007	16.167.000 €
Jahre 2006, 2008-2010	<u>53.354.250 €</u>
FiP-Zeitraum 2006 bis 2010	<u>69.521.250 €</u>

Insgesamt

Verwaltungshaushalte 2006 - 2010	178.654.202 €
Vermögenshaushalte 2006 - 2010	<u>69.521.250 €</u>
Finanzvolumen insgesamt	<u>248.175.452 €</u>

Nachrichtlich

Investitionskosten ab 2011 ff	<u>11.654.000 €</u>
-------------------------------	---------------------

Allgemeines zum Haushalt 2007

1) Volumen

	<u>Verwaltungshaushalt</u>	<u>Vermögenshaushalt</u>	<u>insgesamt</u>
2007	36.390.447 €	16.167.000 €	52.557.447 €
2006	35.000.135 €	14.513.100 €	49.513.235 €

Veränderungen durch Anträge der Fraktionen und Gruppen sowie durch die Änderungsliste 1 zum Vermögenshaushalt sind bisher nicht berücksichtigt, da über diese erst abzustimmen und mehrheitlich zu entscheiden ist.

2) Verwaltungshaushalt

Im Jahre 2007 wird die <u>Mindestzuführung</u> von	1,965 Mio. €
in vollem Umfang erreicht	
zusätzlich ist noch eine <u>freie Finanzspanne</u> von	1,495 Mio. €
vorhanden	
die <u>Gesamt-Zuführung</u> beläuft sich somit auf rd.	<u>3,460 Mio. €</u>

<u>Schlüssel- und Finanzzuweisungen des Staates</u>	<u>5,22 Mio. €</u>
Schlüsselzuweisungen	4.840.928 €
Finanzzuweisungen	383.000 €
<u>Kreisumlage (46 % Hebesatz)</u>	<u>6,94 Mio. €</u>
(2006: 4,57 Mio. €)	

Steuererhöhungen sind nicht eingeplant.

Fazit:

Dieses Ergebnis ist hauptsächlich zurückzuführen auf die Verbesserung der Gewerbesteuer um rd. 1 Mio. €, der Einkommensteuer um rd. 0,4 Mio. € sowie die Anhebung der Schlüsselzuweisungen um den Demographiefaktor von rd. 1,2 Mio. € auf rd. 4,85 Mio. €.

Ohne Schlüssel- und Finanzzuweisungen des Staates könnte der Verwaltungshaushalt die benötigten Zuführungen an den Vermögenshaushalt nicht erbringen.

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts wären dann über zusätzliche Kreditaufnahmen zu finanzieren.

3) Eckdaten des Verwaltungshaushalts

	2006 €	2007 €
Zuführung an Vermögenshaushalt	5.680.000	3.460.000
Personalkosten	10.337.970	10.363.500
Gewerbesteuer (Normalansatz 6 - 7 Mio. €)	3.500.000	5.000.000
Grundsteuer	2.112.000	2.165.000
Einkommensteuer	4.900.000	5.300.000
Schlüsselzuweisungen	6.017.000	4.840.900
Kanalbenutzungsgebühren	2.900.000	2.900.000
Gewerbesteuerumlage	799.000	675.000
Solidarumlage	102.700	210.000
Kreisumlage	4.571.500	6.942.000
Kalk. Abschreibungen	1.088.000	1.022.600
Kalk. Zinsen	1.569.000	1.348.700
Zinszahlungen	1.110.500	1.068.900

Gewerbesteuer-Entwicklung

1996	8.404.976 €	
1997	7.591.108 €	
1998	5.711.816 €	
1999	7.911.477 €	
2000	6.481.391 €	
2001	10.631.902 €	
2002	7.427.587 €	
2003	7.492.282 €	
2004	6.399.964 €	Vorauszahlungen vor dem Einbruch
	3.000.000 €	Ansatz nach dem Einbruch
	1.933.065 €	RE nach weiterem Einbruch
2005	5.276.699 €	Rechnungsergebnis
2006	3.500.000 €	Haushaltsansatz
	6.340.000 €	Rechnungsergebnis
2007	5.000.000 €	Haushaltsansatz
2008	5.300.000 €	in Finanzplanung
2009	5.300.000 €	in Finanzplanung
2010	5.300.000 €	in Finanzplanung

Entwicklung der Zuführung

Jahr	Zuführung an den Vermögenshaushalt in €	Mindestzuführung €	freie Finanzspanne €
2003 (RE)	339.909	1.556.131	- 1.216.222
2004 (RE)	- 209.490	1.584.316	- 1.793.806
2005 (RE)	2.639.146	1.661.000	978.146
2006	5.680.000	1.902.000	3.778.000
2007	3.460.000	1.965.000	1.495.000
2008	3.200.000	2.055.000	1.145.000
2009	2.700.000	2.095.000	605.000
<u>2010</u>	<u>2.300.000</u>	<u>2.155.000</u>	<u>145.000</u>
2003 - 2010	20.109.565	14.973.447	<u>+ 5.136.118</u>

4) Vermögenshaushalt

Er weist mit rd. 16,1 Mio. € ein beachtliches Ausgabevolumen aus.

Geprägt wird er durch:

- Großmaßnahme Nordtangente
- Sanierung D. Paul-Eber-Schule
- Abfinanzierung Wohn- und Gewerbegebiete
- Dorferneuerung Etwashausen

Die Kosten gliedern sich wie folgt:

• Baumaßnahmen (Tiefbau 8,73 Mio. €, Hochbau 2,40 Mio. €)	11,13 Mio. €
• Rückzahlung an Bayerngrund (Tilgung)	0,70 Mio. €
• Kredittilgungen	1,97 Mio. €
• Vermögenserwerb (Fahrzeuge, Ersatzteile, EDV usw.)	0,64 Mio. €
• Herstellungs- u. Erschließungsbeiträge der Stadt an sich selbst	1,42 Mio. €
• Grunderwerb, Erwerb von Beteiligungen	0,10 Mio. €
• Investitionszuschüsse	0,20 Mio. €

Die Finanzierung erfolgt über:

• Zuführung vom Verwaltungshaushalt	3,46 Mio. €
• Herstellungs- u. Erschließungsbeiträge	2,36 Mio. €
• Zuschüsse von Bund und Land	5,06 Mio. €
• Beiträge Bund und Land für Nordtangente	1,36 Mio. €
• Beiträge Stadt Dettelbach (Gemeindeverbindungsstraße)	0,70 Mio. €
• Darlehensaufnahmen	2,00 Mio. €
• Veräußerung von Grundstücken und beweglichen Sachen	1,36 Mio. €
• Rückflüsse von Darlehen	0,06 Mio. €

Die Tilgungsleistungen für den Schuldendienst werden voll aus den Mitteln des Verwaltungshaushalts erwirtschaftet. Darüber hinaus bleibt noch eine freie Finanzspanne von rd. 1,495 Mio. €.

Bei Kreditaufnahmen von 2 Mio. € werden Tilgungsleistungen von ebenfalls rd. 2 Mio. € erbracht, so dass sich eine Nettoneuverschuldung von 0 € ergibt.

Der Rücklagenstand bleibt unverändert (weder Zuführung noch Entnahme vorgesehen).

Risiken:

- Gehen die geplanten Erschließungsbeiträge für die neuen Baugebiete ein?
- Gehen die geplanten Verkaufserlöse aus der Grundstücksvermarktung ein?
- Wie entwickelt sich der Verwaltungshaushalt (Steuern, Gewinne Stadtbetriebe)?

Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2006 - 2010

Wie alle Zukunftsplanungen enthält das Investitionsprogramm viele Fiktionen und Unsicherheitsfaktoren. Insbesondere wird auf das Risiko-Potential hingewiesen, welches in der Erschließung und Vermarktung der Baugebiete liegt sowie durch die Konversion entsteht.

<u>Volumen 2006 - 2010</u>		<u>69,52 Mio. €</u>
<u>Volumen FiP-Rest (2011 ff)</u>		<u>11,65 Mio. €</u>
<u>Größere Ausgabegruppen:</u>		
2006 - 2010 insges.	Baumaßnahmen	43,02 Mio. €
	Kredittilgungen	10,18 Mio. €
	Bayerngrund-Rückzahlungen (Tilgung)	2,50 Mio. €
	Zahlung von Beiträgen der Stadt an sich selbst	4,95 Mio. €
	Erwerb von Grundstücken, Beteiligungen, bewegl.	
	Sachen des Anlagevermögens	5,52 Mio. €
	Baukostenzuschuss der Stadt an Stadtbetriebe	
	(Sanierung Hallenbad)	2,50 Mio. €
	Ausreichung von Zuschüssen/Darlehen	0,72 Mio. €
	Zuführung an Rücklagen	0,13 Mio. €
<u>finanziert durch:</u>	Zuschüsse	19,00 Mio. €
	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	17,13 Mio. €
	Beiträge	13,30 Mio. €
	Veräußerungserlöse/Rückflüsse von Darlehen	8,78 Mio. €
	Kreditaufnahmen	8,90 Mio. €
	Entnahmen aus Rücklagen	0,25 Mio. €
	Beiträge Freistaat/Bund für Nordtangente	2,16 Mio. €

Enthaltene Großprojekte:

- Ersatz von Feuerwehrfahrzeugen
- Feuerwehrgerätehaus Repperndorf
- Sanierung D. Paul-Eber-Schule
- Einrichtung Ganztagsklassen Hauptschule Siedlung sowie Brandschutz
- Mainpartie BA II / III
- Generalsanierung Hallenbad (Investitionszuschuss an Stadtbetriebe)
- Nordtangente bis 2010 (danach Restfinanzierung über FiP-Rest)
- Hochwasserfreilegung Eherieder Bach (Abwicklung)
- Dorferneuerung Etwashausen / Repperndorf
- Abwicklung des Kanal- und Straßenbauprogramms (Breslauer Str./Friedr.-Ebert-Str./Friedenstr. usw)
- Abwicklung der Erschließungsmaßnahmen Deuster-Areal, Hammerstiel, Großlangheimer Straße Nord und Buddental
- Kleine Gartenschau Natur in der Stadt (Planung, Vorbereitung)
- Gemeindeverbindungsstraße Mainsondheim (für Stadt Dettelbach)
- Sanierung Bahnhofsvorplatz sowie Busbahnhof

Nicht enthaltene bzw. erst im FiP-Rest veranschlagte Großprojekte:

- Sanierung Schulsportanlage Deusterpark (im FiP-Rest)
- Stadthalle (Finanzierung durch Investor)
- Anprallschutz Alte Mainbrücke
- Bahnhofsumfeld nördlich
- Ausbau Kaiserstraße (Fußgängerzone) im FiP-Rest
- Weitere Kanalmaßnahmen im FiP-Rest
- Restfinanzierung Nordtangente im FiP-Rest

Stand der Schulden

	lt. FiP 2007 €
<u>Schuldenstand per 01.01.2006</u>	21.778.882
Aufnahme 2006 aus HER 2005 (möglich wäre 1,1 Mio. €)	0
Tilgung 2006	1.817.047
Verbleibt Ende 2006	19.961.835
+ Bildung HER 2006 (übertragen auf 2007); möglich wäre 1,9 Mio. €	1.000.000
<u>Schuldenstand per 31.12.2006 (inkl. HAR von 1,0 Mio. €)</u>	20.961.835
Aufnahme 2007	2.000.000
Tilgung 2007	1.965.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2007 (inkl. HAR von 1,0 Mio. €)</u>	20.996.185
Aufnahme 2008	2.400.000
Tilgung 2008	2.056.000
<u>Schuldenstand per 31.12.2008</u>	21.340.185
Aufnahme 2009	1.300.000
Tilgung 2009	2.096.000
<u>Schuldenstand per 31.12.2009</u>	20.544.185
Aufnahme 2010	1.300.000
Tilgung 2010	2.156.000
Schuldenstand per 31.12.2010	19.688.185

	Kreditaufnahme €	Tilgung €	Nettokreditaufnahme €
2007	2.000.000	1.965.650	+ 34.350
2008	2.400.000	2.056.000	+ 344.000
2009	1.300.000	2.096.000	- 796.000
2010	1.300.000	2.156.000	- 856.000
insgesamt	7.000.000	8.273.650	- 1.273.650

Nettoneuverschuldung 2006 - 2010 somit

- 1.273.650 €

Bei dieser Berechnung ist unterstellt, dass die im Jahre 2006 veranschlagte Kreditaufnahme von 1,9 Mio. € nur in Höhe von 1 Mio. € als HER in das Jahr 2007 übertragen wird (näheres ist erst nach Abschlussergebnis des Jahres 2006 bekannt).

Zu beachten ist, dass gegenüber der Finanzplanung die Ausgaben der Jahre 2008 - 2010 durch neue Investitionsausgaben und allgemeine Ausgabensteigerungen von Jahr zu Jahr weiter anwachsen werden. Dies führt zwangsläufig zu entsprechend höheren Kreditaufnahmen als bisher vorgesehen.

Außerdem ist zu beachten, dass die Schuldenberechnung nur bei planmäßiger Abwicklung und Vermarktung der Bau- und Gewerbegebiete aufgeht. Verzögerungen bedingen eine Vorfinanzierung über Kreditaufnahmen oder Finanzierung außerhalb des Haushalts.

Zu den dargestellten Schulden kommt noch die Bayerngrund-Finanzierung für den Grunderwerb des Industrie- und Gewerbegebietes Großlangheimer Straße Nord (z. Zt. rd. 2,5 Mio. €).

Tilgung: 2007: 700.000 €, 2008: 1 Mio. €, 2009: 600.000 €, 2010: 200.000 €

Stand der Rücklagen

	lt. FiP 2007 €
<u>Rücklagenstand per 31.12.2005</u>	3.162.152
Entnahme 2006 (möglich wäre 170.450 €)	0
<u>Rücklagenstand per 31.12.2006</u>	3.162.152
Zuführung 2007 rd.	14.500
<u>Rücklagenstand per 31.12.2007</u>	3.176.652
Entnahme 2008 rd.	79.400
<u>Rücklagenstand per 31.12.2008</u>	3.097.252
Zuführung 2009 rd.	26.950
<u>Rücklagenstand per 31.12.2009</u>	3.124.202
Zuführung 2010	87.400
<u>Rücklagenstand per 31.12.2010</u>	<u>3.211.602</u>
 Mindestrücklage z. Zt. rd.	 <u>360.000</u>
 Entnahmen 2006 bis 2010	 79.400
Zuführungen 2006 bis 2010	128.500
Saldo - verbleibende Zuführung	<u>49.450</u>

Zu beachten ist, dass gegenüber der Finanzplanung die Ausgaben der Jahre 2008 - 2010 durch neue Investitionsausgaben und allgemeine Ausgabensteigerungen von Jahr zu Jahr weiter anwachsen können. Neben höheren Kreditaufnahmen führt dies dann zu höheren Rücklagenentnahmen.

Außerdem ist zu beachten, dass die Rücklagenrechnung nur aufgeht bei planmäßiger Abwicklung der Bau- und Gewerbegebiete. Verzögerungen bedingen vorläufig verstärkte Rücklagenentnahmen, Schuldenaufnahmen oder Finanzierung außerhalb des Haushalts.

Analyse der Finanzsituation 2007 der Stadt

Allgemeine Entwicklung der Finanzen der Kommunen in Bayern

- 1) Die Finanzlage der Kommunen hat sich erneut leicht gebessert. Die Verbesserung betrifft jedoch hauptsächlich nur diejenigen Städte, bei denen sich das Gewerbesteuer-Aufkommen wieder normalisiert hat.
- 2) Die Kluft zwischen reichen und armen Städten kann nur durch eine baldige und umfassende Gemeindefinanzreform verringert werden.

Aktuelle Situation des Jahres 2007

Im Jahre 2007 hält bei uns die Verbesserung der Finanzsituation an (Einnahmeverbesserungen). Im Verwaltungshaushalt wird die Mindestzuführung von rd. 1,97 Mio. € erreicht, zusätzlich ergibt sich eine freie Finanzspanne von rd. 1,49 Mio. €.

Die Verbesserungen wurden aber leider nicht vollständig aus Eigenmitteln erwirtschaftet, sondern sind insbesondere auf beachtliche Schlüssel- und Finanzzuweisungen des Freistaates Bayern zurückzuführen. Hier wurde im Rahmen der Konversion über den "Demographiefaktor" der Abzug der Amerikaner voll berücksichtigt. Auch haben sich die Gewerbesteuer-Situation und die Einkommensteuer-Beteiligung durch den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung leicht gebessert.

Der Vermögenshaushalt weist mit rd. 16 Mio. € ein beachtliches Ausgabevolumen aus. Seine Finanzierung erfolgt durch die Zuführung vom Verwaltungshaushalt sowie hauptsächlich durch die erhofften Zuschüsse von über 5 Mio. € bzw. die geplanten Grundstücksverkaufserlöse von 1,35 Mio. €.

Trotz der vorhandenen Risiken werden für das Jahr 2007 die gesteckten Ziele im Haushaltsentwurf erreicht:

- **keine Steuererhöhungen**
- **Erwirtschaftung der Mindestzuführung sowie darüber hinaus einer freien Finanzspanne**
- **Nettoneuverschuldung 0**

Ausblick auf die Jahre 2008 bis 2010

In den Jahren 2008 bis 2010 wird jeweils neben der Mindestzuführung auch eine freie Finanzspanne für Investitionen erwirtschaftet.

Die erheblichen Investitionen des Finanzplanungszeitraumes werden daneben finanziert durch beträchtliche Zuschüsse des Bundes und des Freistaates, durch Grundstücksverkaufserlöse, Rückersätze für Erschließungskosten sowie Kreditaufnahmen in Höhe der Tilgungsleistungen (Nettoneuverschuldung 0).

Ausschlaggebend wird aber sein, wie sich die städt. Grundstücke vermarkten lassen, wie sich der ISEK-Prozess entwickelt und welche Zuführung vom Verwaltungshaushalt sich jeweils erwirtschaften lässt.

Zusammenfassung

Erstmals in 2007 schlägt die Konversion / ISEK zu Buche. Dieser Bereich wird im gesamten Finanzplanungszeitraum die Entwicklung der Finanzlage prägen. Nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte muss möglichst bald in die Umsetzung des ISEK eingetreten werden; dies bei höchstmöglicher Förderung durch Staat und BIMA sowie unter Hinzuziehung von geeigneten Investoren.

Die angespannte finanzielle Lage hat sich leicht entspannt. Dies ist u. a. auf die verbesserte Gesamtwirtschaftslage zurückzuführen. Es ist aber immer noch eine starke Abhängigkeit von den Finanzhilfen des Freistaates gegeben.

Die Tendenz zur Verbesserung der Finanzsituation wird jedoch nur dann anhalten, wenn sich die bekannten städtischen Risikofaktoren zum Guten wenden und sich die positive Entwicklung der Gesamtwirtschaftslage fortsetzt.

Als Besonderheit ist zu beachten, dass durch die Auslagerung der Sanierungskosten für das Hallenbad, Schwimmbadbrücke dergl. auf die Stadtbetriebe GmbH eine spürbare Entlastung des Investitionsprogramms eingetreten ist. Leider entsteht dadurch ein Rückgang bei der Gewinnzuführung der Stadtbetriebe GmbH an den Verwaltungshaushalt. Dies kann in den nächsten Jahren voraussichtlich durch höhere Gewerbesteuerereinnahmen kompensiert werden.

Schlussfeststellungen

1. Die Finanzlage der Stadt ist geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2010 ist in der mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig